

Protokoll der 13. Sitzung

**Dienstag, 20. Juni 2017, 19.00 – 22.00 Uhr,
im Gemeindesaal**

Vorsitz

Martin Gysi, Präsident

Protokollführerin

Sonja Büchli, Vize-Gemeindeschreiberin

Stimmzähler

Michel Huggler

Heidi Niedermann

Präsenz

Es sind 37 Ratsmitglieder anwesend.

Entschuldigt sind Salahaddin Al Beati, Martin Haberstich und Mario Vogel.

Traktandenliste

1. Einbürgerungen
2. Wahl eines Mitglieds der Einbürgerungskommission für den Rest der laufenden Amtsperiode 2014/2017 anstelle der zurückgetretenen Barbara Gurtner
3. Wahl eines Mitglieds der Finanz- und Geschäftsprüfungskommission für den Rest der laufenden Amtsperiode 2014/2017 anstelle der zurücktretenden Maja Frey
4. Rechenschaftsbericht und Jahresrechnung 2016
5. Gesamtrevision der Nutzungsplanung. Kreditbegehren
6. Entschädigungen und Sitzungsgeld für den Einwohnerrat und dessen Kommissionen für die Amtsperiode 2018/2021
7. Besoldung des Gemeinderats für die Amtsperiode 2018/2021
8. Eingänge
9. Verschiedenes

Herr Präsident Martin Gysi: Ich übergebe zuerst das Wort an Gemeinderat Anton Kleiber. Er hat etwas zur Traktandenliste zu sagen.

Herr Gemeinderat Anton Kleiber: Wir ziehen die Traktanden 1.1 und 1.4 zurück. Es gibt neue Informationen betreffend der Kandidatin Bilgin Gozal und dem Kandidaten Bilgin Mehmet. Aufgrund dieser Fakten (Wohnortwechsel) stellt sich die Frage, ob Buchs überhaupt noch zuständig ist für die Behandlung dieser Gesuche. Es müssen noch weitere Abklärungen getroffen werden.

Gegen die geänderte Traktandenliste werden keine Einwendungen erhoben.

Herr Präsident Martin Gysi: Tele M1 möchte gerne beim Traktandum 1, Einbürgerungen, Filmaufnahmen machen. Gemäss § 11 Abs. 4 des Geschäftsreglements des Einwohnerrats ist dies nur mit Zustimmung des Einwohnerrats möglich. Gerne möchte ich deshalb darüber abstimmen. Mein **Antrag** lautet: Den Anwesenden Vertretern von Tele M1 seien für die Dauer der heutigen Sitzung Film- und Tonaufnahme erlaubt.

Herr Jürg Lochinger: Wir möchten uns gerne in der Fraktion über diesen Antrag beraten.

Pause

Herr Jürg Lochinger: Die Fraktion ist einstimmig zum Entschluss gekommen, dass nicht gefilmt werden darf. Wenn Filmaufnahmen gemacht werden, können Teilausschnitte verwendet werden, dies ist heikel. Aus diesem Grund lehnen wir den Antrag ab.

Abstimmung Antrag Martin Gysi

Den Anwesenden Vertretern von Tele M1 seien für die Dauer der heutigen Sitzung Film- und Tonaufnahme erlaubt.

Mit 30 : 5 Stimmen wird die Zustimmung zu Filmaufnahmen verweigert.

Die Kamera von Tele M1 muss ausgeschaltet bleiben.

Frau Doris Michel: Ich möchte, bevor die Diskussion zum Traktandum eröffnet wird, als Präsidentin der Einbürgerungskommission (EBK) kurz Stellung nehmen. Wie ihr wisst, gibt es sehr klare Vorgaben des Kantons, an die wir uns zu halten haben und diese sind auch sehr hilfreich für die Arbeit der EBK. Der Kanton verlangt, dass die Kandidatinnen und Kandidaten in folgenden drei Themenbereichen befragt werden, damit die Integration festgestellt werden kann:

1. Soziale Integration: Hier geht es um Themen des Alltags, z. B. Gesundheitswesen, öffentlicher Verkehr, Abfallentsorgung, usw. aber auch um soziale Kontakt mit anderen Menschen des Dorfs, am Arbeitsplatz, in der Gemeinde (Formulierung des Kantons: Wo kommen Sie in Kontakt mit Menschen in ihrer Gemeinde? Mit wem kommen sie in Kontakt?).
2. Kulturelle Integration: Hier handelt es sich um Bräuche und Feste in der Schweiz, resp. in der näheren Umgebung, aber auch um genauere Kenntnisse der Schweiz, des Aargaus und der Wohngemeinde.
3. Sprachliche Integration (bei Personen, die in der Schweiz aufgewachsen sind, jedoch kein Thema).

Was für uns als Kommission wichtig ist: Wo und wie bewegt sich jemand in einer Gemeinde? Migros und Aldi zu kennen, reicht nicht. Hat die Person auch schon andere Regionen der Schweiz besucht und kann sie etwas darüber erzählen? Hat der Einbürgerungswillige mindestens zu einzelnen Schweizerinnen und Schweizer einen minimalen Kontakt (nicht nur über die Arbeit)?

Selbstverständlich berücksichtigen wir, wenn jemand seinen Arbeitsplatz z. B. in Zürich hat oder in einer anderen Gemeinde zur Schule ging. Entsprechend stellen wir Fragen zu diesen Orten und erwarten da doch einige Kenntnisse. Weiterer Ansatz: Die Kandidatinnen und Kandidaten müssen drei Referenzpersonen angeben. Diese Referenzpersonen werden auf alle Fälle befragt. Für uns ist das nicht unerheblich für die Feststellung der Integration. Kann jemand überhaupt 3 Personen in Buchs angeben? 3 Personen, die wirklich Aussagen machen können?

Jetzt noch ein paar Worte zum Vorgehen: Beschliesst die Kommission einen negativen Antrag an den Gemeinderat weiterzugeben, wird der Kandidat oder die Kandidatin zu einem 2. Gespräch eingeladen. Normalerweise sind hier nur Anton Kleiber vom Gemeinderat und ich als Präsidentin der Kommission anwesend. Personen, die im ersten Gespräch mit doch 7 Anwesenden evtl. verunsichert waren (Prüfungssituation), können sich in einem kleineren Rahmen vielleicht besser ausdrücken. Die Kandidatin/der Kandidat erhält so eine 2. Chance und es können nochmals spezifische Fragestellungen zu einem einzelnen Themenbereich behandelt werden. Im Übrigen ist ein Nein kein endgültiges Nein. Die Kandidatin/der Kandidat kann nach 1, 2 oder 3 Jahren einen neuen Antrag stellen. Wir zeigen auf, wo Defizite vorhanden sind und evtl. noch investiert werden sollte. Ergibt sich ein anderes, ein positives Bild, wird nochmals mit der ganzen Kommission Rücksprache genommen und der Entscheid hinterfragt.

Anfügen möchte ich noch Folgendes: Die EBK hat schon viele Gespräche geführt. Insbesondere Toni Kleiber und ich sind seit 7 ½ Jahren dabei. Auch alle weiteren Mitglieder der Kommission verfügen über mehrere Jahre Erfahrung. Darum darf ich sagen: Wir haben ein breites Bild und können dadurch auch gewisse Quervergleiche ziehen.

Zum Schluss: Die Kommission macht ihre Arbeit nach bestem Wissen und Gewissen. Gerade diesen Frühling haben wir uns nochmals intensiv mit der Fragetechnik beschäftigt und uns gegenseitig Feedbacks gegeben. Leider, und dies ist unser grosser Nachteil, dürfen wir dem Einwohnerrat keine weiteren Infos geben, da wir an das Amtsgeheimnis gebunden sind und Schweigepflicht haben. Ich frage jetzt euch, den Rat: Kann es so sein, dass Kandidaten oder Kandidatinnen, welche an die Presse gehen, Fachleute einschalten oder Briefe schreiben, anders behandelt werden als Kandidaten und Kandidatinnen, welche den Entscheid der Kommission akzeptieren? Ich möchte euch Einwohnerrätinnen und Einwohnerräte daher in der nun folgenden Diskussion und bei der Abstimmung bitten, zu beachten, dass alles, was an zusätzlichen Infos aufgetaucht ist, ganz klar nur eine Seite beleuchtet und nur einzelne Ausschnitte aus Gesprächen wiedergegeben wurden.

Herr Dimitri Spiess: Der Gemeinderat hat uns darüber informiert, dass zwei Traktanden zurückgezogen werden aufgrund einer Veränderung des Wohnsitzes. Ist dieser Wohnsitzwechsel vollzogen? Ist er ein Gerücht? Ich möchte dazu gerne mehr Informationen.

Herr Gemeinderat Anton Kleiber: Du kannst davon ausgehen, dass wir sehr konkrete Hinweise haben. Weil wir es jedoch noch nicht 100 % belegt haben, müssen wir der Angelegenheit nachgehen. Du darfst dem Gemeinderat vertrauen. Ein Rückzug muss den rechtlichen Grundlagen entsprechen und dies tut es.

Einbürgerungen

Der Inhalt dieses Traktandums wird aus Gründen des Datenschutzes nicht publiziert.

Einbürgerungen

Der Inhalt dieses Traktandums wird aus Gründen des Datenschutzes nicht publiziert.

Einbürgerungen

Der Inhalt dieses Traktandums wird aus Gründen des Datenschutzes nicht publiziert.

Wahl eines Mitglieds der Einbürgerungskommission für den Rest der laufenden Amtsperiode 2014/2017 anstelle der zurückgetretenen Barbara Gurtner

Herr Präsident Martin Gysi: Es muss ein Ersatz gesucht werden für Barbara Gurtner, die zurückgetreten ist. Die SP hat Rebecca Wetter angemeldet. Gibt es weitere Kandidaturen oder möchte sich jemand zur Kandidatur von Rebecca äussern?

Wahlvorschlag

Herr Jürg Lochinger: Die FDP schlägt Claudia Lupoli als Mitglied vor. Sie wohnt seit 22 Jahren in Buchs, ist verheiratet und hat 2 Kinder. Seit dem Jahre 2014 ist Claudia im Einwohnerrat vertreten. Mit ihrem Mann zusammen besitzt sie ein Cateringunternehmen in Buchs und ein Restaurant in Oberentfelden. Wir sind der Meinung, dass Claudia gut in die Einbürgerungskommission passt. Sie hat in ihrem täglichen Leben viel mit Leuten zu tun. Durch die Gastronomieerfahrung kann Claudia einfühlsam auf Menschen eingehen, egal aus welchen Kulturen sie kommen.

Frau Franziska Lüscher: Für den freiwerdenden Sitz in der Einbürgerungskommission schlage ich im Namen der SP Buchs Rebecca Wetter zur Wahl vor. Vor rund 3 Jahren musste die SP ihren Sitz in der Einbürgerungskommission leider abgeben. Mit dem Rücktritt von Barbara Gurtner besteht jetzt die Chance, dass die SP in dieser wichtigen Kommission wieder Einsitz nehmen kann. Genau dafür setze ich mich ein. Zudem habe ich vor mehr als einem Monat von der FDP zu verstehen bekommen, dass sie diesen Sitz wieder der SP offerieren möchte. Eine noble Geste, die uns freute. Leider freuten wir uns zu früh, wie sich letzte Woche herausstellte. Eine Kommission, welche heikle und anspruchsvolle Inhalte zu bearbeiten hat, sollte eine repräsentative Zusammensetzung des Einwohnerrats und somit der Buchser Bevölkerung abbilden. Dies ist in der jetzigen Einbürgerungskommission nicht der Fall: Eine linke Vertretung fehlt. Dem kann mit der heutigen Wahl von Rebecca Abhilfe geschaffen werden. Auch wird die Glaubwürdigkeit der Kommission dadurch nur gewinnen, wenn eine Vielfalt von politischen Vertretern in dieses Einbürgerungsprozedere eingebunden ist. Eine Stärke unserer Demokratie ist es ja gerade, dass wir nicht einfach auf Mehrheiten pochen, sondern bewusst Minderheiten und dezidiert andere Positionen in unser System einbinden und damit die Vielfalt unserer Bevölkerung repräsentieren. Eine Tatsache, der wir sicherlich zu einem gewichtigen Teil unserem sozialen Frieden zu verdanken haben. Eine solche Haltung würde heute auch dem Einwohnerrat Buchs gut anstehen. Zudem ist die SP überzeugt, dem Einwohnerrat mit Rebecca Wetter eine kompetente, zuverlässige und engagierte Frau für die Einbürgerungskommission vorzuschlagen.

Rebecca ist 24 Jahre alt und hier in Buchs aufgewachsen. Sie studiert im 5. Semester Jura an der Uni Basel und gehört seit der Amtsperiode 2014/17 dem Einwohnerrat an. Mit ihrem persönlichen Hintergrund bringt sie für dieses Amt die notwendige Sensibilität mit. Kurz und gut: Die SP empfiehlt, Rebecca Wetter heute in die Einbürgerungskommission zu wählen.

Herr Hans Hartmann: Wir haben in der Fraktion auch über den Wahlvorschlag gesprochen. Die Argumente, die wir gerade gehört haben, sind zum Teil nachvollziehbar. Wir haben vor drei Jahren schon über die paritätische Zusammensetzung gesprochen. Bei 5 Mitgliedern springt aber immer jemand über die Klinge. Die FDP hat damals diesen Sitz für die gesamte Amtsperiode zur Verfügung gestellt bekommen und deshalb sind wir der Meinung, dass sie diesen Sitz auch für den Rest der Amtsperiode behalten sollte. Im Januar beginnt die neue Amtsperiode, mit einer neuen Zusammensetzung der Einbürgerungskommission. Dann schauen wir wieder. Momentan steht die SVP jedoch klar hinter Claudia Lupoli.

Frau Franziska Lüscher: Ich habe von Doris Michel erfahren, dass es nicht eine einfache Kommission ist. Vor allem im Bereich Gesprächsführung muss jemand geschult werden und dies ist zeitaufwändig. Ich finde es nicht gut, für dieses ½ Jahr nun jemand einzuarbeiten und uns quasi zappeln zu lassen. Wir haben eine Kandidatin, die wählbar ist. Es sind 5 Bürgerliche in der Einbürgerungskommission. Eine Linke in der Zusammensetzung ist nicht zu viel. Die Abbildung der Bevölkerung wird dadurch noch nicht verzerrt.

Herr Joel Blunier: Wir von der EVP unterstützen Rebecca Wetter. In der Kommission haben wir eine Zusammensetzung von 2 Personen aus der FDP, 2 Personen aus der SVP und 1 aus der CVP. Klar hat man mit der Mehrheit im Parlament das Recht, eigene Leute in diese Kommissionen zu wählen. Das ist letztes Mal geschehen und wir haben es akzeptiert. Jetzt besteht eine neue Chance. Ich bin ganz klar der Meinung, wenn wir als Einwohnerräte Entscheide fällen müssen, wie vorhin geschehen, basierend auf dem Antrag einer Kommission, die Vorgespräche führt, Eindrücke einholt und über deren Ergebnisse wir nur wenige Informationen haben dürfen, immer eine gewisse Asymmetrie vorhanden ist. Ich sollte einer Kommission vertrauen können und für das braucht es ein Abbild, welches möglichst passend zu der politischen Verteilung in unserem Parlament ist. Wir sind der Meinung, dass Rebecca Wetter als angehende Juristin absolut gut für eine solche Aufgabe geeignet ist. Sie ist eine Vertretung der jüngeren Generation und zudem eine Frau. Es macht effektiv keinen Sinn, jemanden für ½ Jahr einzuarbeiten und in einem ½ Jahr dann allenfalls einen anderen Kandidaten/eine andere Kandidaten zur Wahl vorzuschlagen.

Herr Jürg Lochinger: Joel, ich möchte zu deinem Votum ergänzen: Wir haben noch ein nächstes Traktandum, in dem Maja Frey zurücktritt und ich glaube, dass ihr, die EVP, für den Rest der Amtsperiode auch jemanden vorschlägt als Nachfolger/in. Auch in dieses Amt wächst man nicht einfach so schnell rein. Und nochmals: Es weiss ja niemand, wer von der Einbürgerungskommission wieder in den Einwohnerrat gewählt wird. Die Karten werden sowieso neu gemischt. Wichtig ist, dass Claudia Lupoli sich auch in der nächsten Amtsperiode zur Verfügung stellt und ich glaube, Rebecca Wetter ebenfalls. Dies zählt. Wir wollen, wie schon gesagt, die Vertretung, welche wir für diese Amtsperiode zur Verfügung bekommen haben, behalten.

Frau Doris Michel: Ich stelle an die Kandidatinnen noch eine Frage. Bei beiden Vorstellungen wurde dies leider nicht erwähnt. Ich möchte von euch wissen, ob ihr ganz schwierige Gespräche führen könnt und wenn ja, wo habt ihr dies gelernt?

Frau Claudia Lupoli: Ich bin seit über 20 Jahren im Geschäft, habe sehr viel mit Menschen zu tun und bin selber mit einem Italiener verheiratet. Ich kenne sehr viele Kulturen und führe jeden Tag viele Gespräche. Manchmal gibt es auch Leute, die persönliche Fragen stellen oder irgendwelche Probleme haben und mit mir sprechen möchten. Auch da musst du eine gewisse Sensibilität an den Tag legen.

Frau Rebecca Wetter: Ich möchte den Mund nicht zu voll nehmen. Ich bin noch jung und habe nicht die Lebenserfahrung von Claudia. Aber an der Uni habe ich doch schon einiges diskutiert und mich im sozialen Umfeld Problemen gestellt. Ich bin immer für Diskussionen offen, aber wenn man mir die Möglichkeit geben will, kann ich noch dazulernen. Es braucht aber auch eine gewisse Lebenserfahrung.

Ergebnis der geheimen Wahl; 1. Wahlgang

Eingelegte Stimmzettel	37	
leer und ungültig	4	
gültige Stimmzettel	33	Absolutes Mehr 17

Stimmen haben erhalten:

Claudia Lupoli	16
Rebecca Wetter	16
Vereinzelte	1

Ergebnis der geheimen Wahl; 2. Wahlgang

Eingelegte Stimmzettel	37	
leer und ungültig	2	
gültige Stimmzettel	35	Relatives Mehr zählt

Stimmen haben erhalten:

Claudia Lupoli	18
Rebecca Wetter	17

Gewählt ist mit 18 Stimmen Claudia Lupoli.

Wahlannahmeerklärung

Frau Claudia Lupoli erklärt die Annahme der Wahl.

Wahl eines Mitglieds der Finanz- und Geschäftsprüfungskommission für den Rest der laufenden Amtsperiode 2014/2017 anstelle der zurücktretenden Maja Frey

Herr Präsident Martin Gysi: Es muss ein Ersatz gesucht werden für Maja Frey, die per heutiges Datum aus der FGPK zurücktritt.

Wahlvorschlag

Herr Joel Blunier: Die EVP-Fraktion schlägt dem Einwohnerrat Andreas Burgherr zur Wahl als neues Mitglied der FGPK vor. Andreas ist verheiratet und hat 2 Kinder. Neben seinem überwiesenen Vorstoss zu einem Strategiepapier zum Aufgaben- und Finanzplan war er auch Mitglied des "Runden Tisches Finanzen" der Gemeinde Buchs. Beruflich ist er ausgebildeter Holzbauingenieur und arbeitet als Geschäftsführer. Wir sind überzeugt, mit Andreas Burgherr einen geeigneten und engagierten Ersatz für Maja Frey nominieren zu können und freuen uns über die Unterstützung eurer Fraktionen.

Ergebnis der geheimen Wahl

Eingelegte Stimmzettel	37	
leer und ungültig	3	
gültige Stimmzettel	34	Absolutes Mehr 18

Stimmen haben erhalten:

Andreas Burgherr	32
Vereinzelte	2

Gewählt ist mit 32 Stimmen Andreas Burgherr.

Wahlannahmeerklärung

Herr Andreas Burgherr erklärt die Annahme der Wahl.

Rechenschaftsbericht und Jahresrechnung 2016

Herr Beat Spiess, Präsident der FGPK (erläutert seinen Vortrag mit einer Präsentation): Ich freue mich, als Vertreter der Finanz- und Geschäftsprüfungskommission den Rechenschaftsbericht sowie die Jahresrechnung 2016 der Gemeinde Buchs vorstellen zu dürfen. Der Rechenschaftsbericht ist sehr lesenswert. Er enthält nebst kurzen Berichten auch viele Fotos und Grafiken.

Jahresrechnung 2016

Das Ergebnis der Jahresrechnung 2016 präsentiert sich schlechter als budgetiert. Schon im Budget war ein erheblicher Aufwandüberschuss von 2.3 Mio. Franken vorgesehen gewesen. Es sind schliesslich 2.6 Mio. Franken daraus geworden. Ein wichtiger Grund war der Einbruch der Aktiensteuern um mehr als die Hälfte gegenüber dem Vorjahr.

Investitionen

Die Investitionen sind geringer ausgefallen als budgetiert. Die Nettoinvestitionen betragen 1.2 Mio. Franken, im Budget waren über 3 Mio. Franken dafür vorgesehen.

Verpflichtungskreditabrechnungen

Keine.

Steuern

Während die Einwohnerzahl in den letzten 7 Jahren um 13 % auf rund 8'000 Einwohner gestiegen ist, bewegen sich die gesamten Steuereinnahmen zwischen 18 und 20 Mio. Franken. Die Einkommens- und Vermögenssteuern sind mit der Zunahme der Bevölkerung gestiegen, wobei man festgestellt hat, dass der Quotient (Steuern/Einwohner) leicht zurückgegangen ist. Die Steuererträge der juristischen Personen sind in den letzten beiden Jahren deutlich von anfänglich 4 auf 2 Mio. Franken und gegenüber dem letzten Jahr um eine weitere Million Franken auf etwas mehr als eine Million Franken eingebrochen. Dieser Steueranteil war in der Vergangenheit öfters auch von Schwankungen betroffen gewesen, aber mittlerweile scheint sich doch eine deutliche Abnahme dieses Trends abzuzeichnen. Die Einnahmen der Quellensteuern sind ebenfalls weniger gross als budgetiert und unterliegen aufgrund der Abrechnung des Kantons Schwankungen.

Ausgaben

Auf Seite 52 des Rechenschaftsberichts finden Sie eine Grafik über die letzten 5 Jahre, welche die Verteilung der Ausgaben aufzeigt. Es gibt einen Trend bei der Bildung, wobei wir auch einen grösseren Teil der Lehrerlöhne übernehmen mussten. Bei der sozialen Sicherheit gibt es grosse Schwankungen, aber dort sind die Ausgaben im Bereich Spitalfinanzierung entfallen.

Kennzahlen per Ende 2016

Ein Mittel, um sich ein Bild über die finanzielle Situation der Gemeinde zu machen, ist das Studium der finanziellen Kennzahlen der Gemeinde. Ich konzentriere mich im Folgenden auf die Kennzahlen ohne Berücksichtigung der spezialfinanzierten Betriebe. Die Kennzahlen von Buchs weisen auf eine ungenügende Selbstfinanzierung hin. Die Selbstfinanzierung kann jährlich zwar stark schwanken, sie kann sogar negativ sein (wie in unserem Fall). Allerdings ist die Fähigkeit der Gemeinde Buchs, ihre Investitionen selbst finanzieren zu können, schon seit mehreren Jahren im roten Bereich. Punkto Kapitalisierung und Verschuldung sieht die Situation allerdings noch gut aus.

Rechnungsprüfung

Die Rechnung 2016 wurde wie gewohnt von der externen Revisionsstelle UTA Comunova AG und der Finanz- und Geschäftsprüfungskommission geprüft. Die FGPK hat im Rahmen der gesetzlichen Bestimmungen die Buchführung und die Jahresrechnung für das Rechnungsjahr 2016 geprüft und beurteilt. Die FGPK, aufgeteilt in vier Arbeitsgruppen, hat die Erfolgsrechnung stichprobenweise auf die formale und materielle Kontrolle geprüft und schliesslich genehmigt.

Bemerkungen und Dank

Wir danken dem Gemeinderat, den Kommissionen, der Verwaltung und dem gesamten Personal für die gute Arbeit, welche im vergangenen Jahr für die Gemeinde geleistet wurde. Die Abteilung Finanzen unter der Leitung von Adrian Meier danken wir für die produktive Zusammenarbeit und die freundliche Unterstützung bei unseren Prüfungsaufgaben.

Anträge

Die FGPK beantragt dem Einwohnerrat einstimmig bei 9 Anwesenden:

1. Vom Rechenschaftsbericht des Gemeinderats für das Jahr 2016 sei Kenntnis zu nehmen.
2. Die Erfolgsrechnung, die Investitionsrechnung sowie die Bilanz der Einwohnergemeinde für das Jahr 2016 seien zu genehmigen.

Beratung des Rechenschaftsberichts

Die Diskussion wird nicht gewünscht.

Abschnittsweise Beratung der Rechnung

Herr Joel Blunier: Wenn die Rechnung einer Firma mit 2.6 Mio. Franken Defizit abschliesst, dann würde es für jemanden Konsequenzen haben. Bei uns müssen sicherlich keine Konsequenzen gefordert werden, sondern man muss für die gute Rechnungs- und Buchführung danken. Das Problem besteht bei den Einnahmen, welche dann eben die Ausgaben decken sollten. Wir haben gemerkt, dass es nicht sehr einfach ist, Ausgaben zu kürzen (gebundene Ausgaben). Wie es der Gemeindeammann schon in seiner Einleitung geschrieben hat, ist eine Diskussion über eine weitere Steuererhöhung unvermeidbar. Wir können uns darauf einstellen, denn auf der Ausgabenseite haben wir beschränkte Möglichkeiten. Es ist keine nachhaltige Politik, wenn man Jahr für Jahr ein Minus schreibt. Klar ist, dass man sich heutzutage sehr einfach und günstig verschulden kann, dies aber auch ändern kann. Eine weitere Verschuldung ist sicher keine Politik für die Zukunft.

Herr Dimitri Spiess: Ich möchte ins gleiche Horn blasen wie Joel Blunier. Für die geleistete Arbeit und für den Steigerungslauf dieses Rechenschaftsberichts möchte ich danken. Jedoch ist bei der Aussagekraft der Bemerkungen noch Luft nach oben. Man soll besser verstehen, wieso entsprechende Abweichungen entstanden sind. Zu betonen ist, dass es sich beim Rechenschaftsbericht nicht um ein Strategiepapier handelt. Durch diesen Bericht blicken wir nicht in die Zukunft, sondern wir sehen ein Defizit von 2.6 Mio. Franken im Jahre 2016 und wenn wir so weitermachen, dann weiss ich nicht, wo uns die Zukunft hinführt und wo unser Handlungsspielraum als Einwohnerrat noch sein wird. Wir als Einwohnerrat müssen im Herbst zusammen eine Lösung finden, wie wir die sinkenden Einnahmen wieder ins Lot bringen und die Ausgaben und Einnahmen entsprechend wieder austarieren können. Ich bitte alle Beteiligte, nach bestem

Wissen und Gewissen eine nachhaltige Politik zu verfolgen, sodass wir diese Gemeinde zusammen wieder auf die Beine bringen können.

Herr Urs Füllemann: Auf Seite 128 der Bilanz führen wir für 3.5 Mio. Franken IBAarau-Aktien. Für Gemeinden ist es eigentlich nicht üblich, dass Aktien in der Bilanz vorhanden sind. Sind diese Aktien noch gesperrt und wann kann man die eventuell verkaufen?

Herr Gemeinderat Tony Süess: Momentan kennen wir die Sperrfristen nicht, also wissen wir nicht, wann wir die Aktien verkaufen können. Wir gehen dem aber selbstverständlich nach.

Anträge

1. Vom Rechenschaftsbericht des Gemeinderats für das Jahr 2016 sei Kenntnis zu nehmen.
2. Die Erfolgsrechnung, die Investitionsrechnung sowie die Bilanz der Einwohnergemeinde für das Jahr 2016 seien zu genehmigen.

Abstimmungen

Diesen zwei Anträgen wird in Einzelabstimmung einstimmig mit je 36 : 0 Stimmen zugestimmt.

Gesamtrevision der Nutzungsplanung. Kreditbegehren

(Botschaft des Gemeinderats vom 9. Mai 2017)

Herr Dimitri Spiess, Mitglied der FGPK (erläutert seinen Vortrag mit einer Präsentation): Der Bauzonen- und Kulturlandplan und die Bau- und Nutzungsordnung (BNO) der Gemeinde Buchs in heutiger Form wurden am 16. Dezember 1997 vom Einwohnerrat beschlossen und daraufhin vom Grossen Rat des Kantons Aargau genehmigt. Wir als Einwohnerrat haben in den Jahren 2001 und 2016 mittels Teilrevisionen drei Anpassungen vorgenommen. Gemäss § 15 des Raumplanungsgesetzes sind Bauzonen so auszulegen, dass sie dem voraussichtlichen Bedarf der nächsten 15 Jahren entsprechen. Diese 15 Jahre hat diese Bau- und Nutzungsordnung bereits überschritten. Die Gemeinden sind gemäss § 64 der Kantonalen Bauverordnung angehalten, bis spätestens 2021 Begrifflichkeiten und Messweisen an die interkantonale Vereinbarung zur Harmonisierung der Baubegriffe anzupassen. Es gilt auch eine Änderung, ausgelöst durch die Anpassung im Raumplanungsgesetz des Bundes, im kantonalen Baugesetz und im kantonalen Richtplan zu übernehmen. Der Planungshorizont für die Nutzungsplanung beträgt gemäss Raumplanungsgesetz 10 Jahre. Diese 10 Jahre hat unsere Bau- und Nutzungsordnung ebenfalls bereits überschritten. Im August 2016 ist das Raumentwicklungskonzept der Bevölkerung vorgestellt worden. Mit dieser Analyse ist man auf die Entwicklung der Agglomerationsgemeinde Buchs eingegangen und man hat neue Schwerpunkte festgelegt. Das Raumentwicklungskonzept bildet eine konzeptionelle Grundlage für die Revision der Bau- und Nutzungsplanung. Das Vorgehen für die gesamte Revision der Nutzungsplanung ist Folgendes:

1. Erstellung von Entwürfen der Planungsinstrumente
2. Kantonale Vorprüfung
3. Mitwirkungsverfahren
4. Bereinigung der Entwürfe
5. Öffentliche Auflage und Einwendungsverfahren
6. Genehmigung durch Kanton und Einwohnerrat

Der Kreditantrag für diese Gesamtrevision beträgt Fr. 300'000.--. Es sind Planerleistungen von Fr. 210'000.-- vorgesehen. Das Mitwirkungsverfahren wird mit Fr. 35'000.--, Sitzungsgelder mit Fr. 15'000.-- und die juristische Begleitung für das Einwendungsverfahren mit Fr. 20'000.-- veranschlagt. Ausserdem hat man eine Reserve von weiteren Fr. 20'000.-- eingeplant. Die Gesamtkosten belaufen sich, wie schon gesagt, auf Fr. 300'000.-- mit einer möglichen Abweichung von 20 %.

Antrag

Die FGPK beantragt dem Einwohnerrat einstimmig (bei 9 Anwesenden), für die Revision der Nutzungsplanung der Gemeinde Buchs sei ein Verpflichtungskredit von Fr. 300'000.--, inkl. Mehrwertsteuer (Kostenstand 2. Quartal 2017), zulasten der Investitionsrechnung, Konto 7900.5290.00, zu bewilligen.

Der Kredit verändert sich um die indexbedingten Mehr- oder Minderkosten aufgrund von eventuellen Teuerungen.

Diskussion

Herr Hans Hartmann: Fr. 210'000.-- für Planerleistungen. Dies bedeutet, dass zwei Personen mit einem guten Lohn während eines Jahres an diesem Konzept arbeiten. Wieso ist dies so teuer? Haben diese Planer einen solch hohen Stundenlohn oder ist die Angelegenheit so aufwändig? Du Urs kommst vom Fach und kannst mir dies sicher erklären.

Herr Gemeindeammann Urs Affolter: Ich rede nun als Berufsmann. Wir haben keine Stundenlöhne wie Anwälte sondern der Stundenlohn beträgt zwischen Fr. 125.-- bis Fr. 180.--. Grundlage ist die KBOB (Richtlinien, die Kantone zusammen erarbeitet haben). Diese Fr. 210'000.-- sind eine völlig normale Zahl an der unteren Grenze, die für eine solche Nutzungsplanungsrevision kalkuliert werden muss. Selbstverständlich holen wir Offerten bei verschiedenen Planungsbüros ein. Ich habe Nutzungsplanungen an meinem ehemaligen Arbeitsort durchgeführt, welche um die Fr. 600'000.-- gekostet haben. Für eine andere Gemeinde mit knapp 14'000 Einwohner haben wir z. B. Fr. 500'000.-- eingesetzt.

Abstimmung

Dem Einwohnerrat wird beantragt:

Für die Revision der Nutzungsplanung der Gemeinde Buchs sei ein Verpflichtungskredit von Fr. 300'000.--, inkl. Mehrwertsteuer (Kostenstand 2. Quartal 2017), zulasten der Investitionsrechnung, Konto 7900.5290.00, zu bewilligen.

Der Kredit verändert sich um die indexbedingten Mehr- oder Minderkosten aufgrund von eventuellen Teuerungen.

Dem Antrag wird einstimmig mit 36 : 0 Stimmen zugestimmt.

Entschädigungen und Sitzungsgeld für den Einwohnerrat und dessen Kommissionen für die Amtsperiode 2018/2021

(Antrag der FGPK vom 30. Mai 2017)

Herr Beat Spiess, Präsident FGPK: Der Antrag der FGPK ist euch via Sitzungsprotokoll der FGPK zugestellt worden. Aus rechtlichen Gründen müssen wir über diese Beträge vor Beginn der nächsten Amtsperiode abstimmen. Weil sich in der aktuellen Amtsperiode weder punkto Löhne noch Preise, noch bei den Aufgaben des Einwohnerrats und seinen Kommissionen gewaltig etwas geändert hat, ist die FGPK nicht zu einem überraschenden Entscheid gekommen, sondern will die Beträge wie bisher belassen.

Anträge

Die FGPK beantragt dem Einwohnerrat einstimmig (bei 9 Anwesenden), die Entschädigungen und Sitzungsgelder für die Amtsperiode 2018/2021 seien wie folgt zu genehmigen:

Einwohnerrat und Kommissionen	Fr. 60.--/Sitzung
FGPK Rechnungsprüfung	Fr. 50.--/Stunde
PräsidentIn Finanz- und Geschäftsprüfungskommission	Fr. 2'500.--/Jahr
PräsidentIn Einwohnerrat	Fr. 2'500.--/Jahr
Vize-PräsidentIn Einwohnerrat	Fr. 300.--/Jahr
PräsidentIn Einbürgerungskommission	doppeltes Sitzungsgeld/Sitzung

Diskussion

Die Diskussion wird nicht verlangt.

Abstimmung

Dem Antrag wird einstimmig mit 36 : 0 Stimmen zugestimmt.

Besoldungen des Gemeinderats für die Amtsperiode 2018/2021

(Botschaft des Gemeinderats vom 6. Juni 2017)

Herr Beat Spiess, Präsident FGPK: Nach § 20 Abs. 2 lit. e und § 66 Abs. 2 des Gemeindegesetzes muss die Entschädigung des Gemeinderats vor den Gesamterneuerungswahlen neu beschlossen werden.

Die jährlichen Besoldungen für die Mitglieder des Gemeinderats Buchs für die Amtsperiode 2018/2021 seien aufgrund des Maximums per 1. Januar 2018 des Gehaltsbands 9 des Personalreglements der Einwohnergemeinde Buchs wie folgt festzusetzen:

- Gemeindeammann	40 %	(Basis 2017 Fr.	71'540.--)
- Vize-Gemeindeammann	16.5 %	(Basis 2017 Fr.	29'510.--)
- Gemeinderäte je	15 %	(Basis 2017 Fr.	26'830.--)

Der Gemeinderat beantragt jedoch einen zusätzlichen Kredit von 10 % (Fr. 17'885.--) pro Jahr, der bei Bedarf als projektspezifische Zusatzleistung bei erheblichem Zusatzaufwand durch Projekte ausgerichtet werden kann. Die FGPK war zu Beginn sehr skeptisch gegenüber dieser neuen Budgetposition. Es handelt sich um einen Betrag, der nur einmalig pro Jahr und dem gesamten Gemeinderat zur Verfügung steht. Er kann sich diesen selber zusprechen. Begründet wird er dadurch, dass nur die Gemeinderäte selber wissen, welche Zusatzleistungen erbracht werden. Die FGPK erwartet vom Gemeinderat, dass die jeweils beanspruchte Summe im Kommentar der Jahresrechnung begründet wird. Im letzten Jahr hat der Bereich Schule, konkret das Projekt Kreisschule Aarau-Buchs, einen beträchtlichen Mehraufwand verursacht. Dies hat vor allem Gemeinderat Anton Kleiber betroffen. Die Mitwirkung an einem solchen grossen Projekt verlangt einiges an Aufwand, müssen die Positionen vom verhandlungsführenden Gemeinderat - und damit im Interesse der Gemeinde - gut vorbereitet sein. Auch die verschiedenen Informationsveranstaltungen mussten gut vorbereitet werden. Die FGPK hat sich von diesen Argumenten überzeugen lassen. Schliesslich ist es im Interesse aller Buchserinnen und Buchser, wenn die Interessen der Gemeinde optimal vertreten werden. Der Kredit ist also keine allgemeine Gehaltserhöhung sondern steht dem Gemeinderat nur bei ausgewiesenem Bedarf zur Verfügung.

Antrag

Die FGPK beantragt dem Einwohnerrat mit 8 : 0 Stimmen (1 Enthaltung):

Die jährlichen Besoldungen für die Mitglieder des Gemeinderats Buchs für die Amtsperiode 2018/2021 seien aufgrund des Maximums per 1. Januar 2018 des Gehaltsbands 9 des Personalreglements der Einwohnergemeinde Buchs wie folgt festzusetzen:

- Gemeindeammann	40 %	(Basis 2017 Fr.	71'540.--)
- Vize-Gemeindeammann	16.5 %	(Basis 2017 Fr.	29'510.--)
- Gemeinderäte je	15 %	(Basis 2017 Fr.	26'830.--)
- Kredit für projektspezifische Zusatzleistungen	10 %	(Basis 2017 Fr.	17'885.--)

Diese Besoldungen bleiben für die ganze Amtsperiode unverändert.

Diskussion

Herr Hans Hartmann: Unter Traktandum 7 soll die Besoldung des Gemeinderats festgelegt werden. Darin geht es um die jährliche Besoldung sowie einen projektspezifischen Bonus-Kredit. Die SVP stellt den **Antrag**, die Besoldung und den Kredit zu trennen und zwei Abstimmungen durchzuführen. Begründung: Eine allfällige Ablehnung des Kredits könnte zu einer Ablehnung des ganzen Antrags führen. Diesem Konflikt soll durch die Trennung des Antrags vorgebeugt werden.

Abstimmung Änderungsantrag SVP

Die SVP stellt den Antrag, die Besoldung und den Kredit zu trennen und zwei Abstimmungen durchzuführen.

Der Antrag wird mit 32 : 4 Stimmen angenommen.

Herr Hans Hartmann: In der Begründung des Gemeinderats heisst es "In der laufenden Amtsperiode wurde zum Beispiel Gemeinderat Anton Kleiber durch das Projekt Kreisschule in hohem Masse belastet". Zynischerweise könnte ich natürlich sagen, dass er es gewollt hat. Er wusste, was auf ihn zukommt. Wenn man ein Amt ausübt, gibt es Jahre, in denen man mehr und Jahre, in denen man eher weniger zu tun hat. Wenn ich in den Jahren, in denen ich mehr zu tun habe, etwas bekommen will, müsste ich in den Jahren, in denen ich weniger zu tun habe, konsequenterweise etwas zurückgeben. Deshalb finde ich diese Begründung eigentlich aus der Luft gegriffen. Für mich wird das ganze Milizsystem sozusagen in Frage gestellt. Man kommt und sagt: "Ich habe ein bisschen mehr Arbeit als der andere geleistet und deshalb will ich jetzt mehr Entschädigung." Das gibt es nirgends. In einem Richteramt kann man auch keine grössere Entschädigung verlangen, wenn ein Fall länger dauert. In allen Kommissionen erhält man den versprochenen Betrag, auch wenn er nicht jedes Jahr gerechtfertigt ist. Es zweifelt natürlich niemand daran, dass Anton Kleiber in diesem Fall viel mehr zu tun hatte. Durch diesen Projektkredit entsteht jedoch nur Unruhe in diesem ganzen System. Deshalb ist die SVP mehrheitlich gegen diesen Antrag. Meine persönliche Meinung zum Lohnsystem: Ich finde es lächerlich, dass unser Gemeindeammann ein Pensum von 40 % ausübt. Ich komme aus einer ähnlichen Gemeinde, in der das Pensum schon vor 20 Jahren von 50 % auf 100 % erhöht wurde. Ich sage immer: Wenn es etwas wert ist, dann darf es auch kosten. Es geht mir in dieser Diskussion nicht ums Geld. Aber ich finde diesen Systemwechsel mit einem "Kässeli", aus dem man sich bedienen kann (auch wenn es gerechtfertigt ist), nicht gut.

Herr Joel Blunier: Auch wenn es kein grosser Betrag ist, über den der Gemeinderat ohne politische Kontrolle durch den Einwohnerrat eigenständig verfügen kann, hat der Antrag für mich einen faden Beigeschmack. Deshalb habe ich einen Antrag ausgearbeitet, der darauf abzielt, dass über die Zuteilung der Einwohnerrat zu entscheiden hätte. Aber ich bin belehrt worden, dass dies rechtlich nicht möglich ist. Wenn ein Finanzkredit beschlossen wurde, liegt es in der Kompetenz des Gemeinderats, diesen so zu erfüllen/zu verteilen. Ich akzeptiere dies natürlich. Trotzdem finde ich, dass in der Verwendung dieser Gelder Transparenz vorhanden sein soll. In der Botschaft steht, die Verwendung der Gelder werde im Rechenschaftsbericht ausgewiesen und begründet. Mir ist wichtig, dass das sauber gemacht wird. Wenn wir nächstes Jahr am gleichen Punkt stehen, wollen wir dementsprechend sehen können, ob es allenfalls Anpassungen braucht. Wir werden diesem Antrag zustimmen, auch aus dem Grund, weil ich persönlich miterlebt habe, wie Anton Kleiber im letzten Jahr im Zusammenhang mit der Kreisschule sehr viel gearbeitet hat. Wie es Hans Hartmann gesagt hat: Wenn es etwas wert ist, dann sollte es auch etwas kosten.

Antrag

1. Die jährlichen Besoldungen für die Mitglieder des Gemeinderats Buchs für die Amtsperiode 2018/2021 seien aufgrund des Maximums per 1. Januar 2018 des Gehaltsbands 9 des Personalreglements der Einwohnergemeinde Buchs wie folgt festzusetzen:

- Gemeindeammann	40 %	(Basis 2017 Fr.	71'540.--)
- Vize-Gemeindeammann	16.5 %	(Basis 2017 Fr.	29'510.--)
- Gemeinderäte je	15 %	(Basis 2017 Fr.	26'830.--)

Diese Besoldungen bleiben für die ganze Amtsperiode unverändert.

2. Kredit für projektspezifische Zusatzleistungen 10 % (Basis 2017 Fr. 17'885.--)

Dieser Kredit bleibt für die ganze Amtsperiode unverändert.

Abstimmung

(Der Gesamtgemeinderat sowie die Einwohnerrätin Doris Kleiber als Ehefrau eines Gemeinderats verlässt den Saal)

Dem Antrag 1 wird einstimmig mit 35 : 0 Stimmen zugestimmt.

Dem Antrag 2 wird mit 24 : 10 Stimmen (1 Enthaltung) zugestimmt.

Eingänge

Herr Dr. Urs Schweizer, Einwohner von Buchs, reicht folgende Motion ein:

Der Einwohnerrat wird eingeladen, dafür zu sorgen, dass

1. im Alterszentrum Suhrhard weiterhin die Wohnform des "betreuten Wohnens ohne Pflichtdienstleistungen" (= klassische Alterswohnung) angeboten wird.
2. die wegen Erneuerung der Alterssiedlung ausgesprochenen Kündigungen an alle Bewohner per Juni 2019 durch geeignete Massnahmen (z. B. Provisorien, Ausbau Spittel) abgedeckt werden.

Begründung

Die Gemeinde Buchs ist Mehrheits-Aktionärin der Aktiengesellschaft "Alterszentrum Suhrhard Buchs AG" (AZSB) und muss bestimmen, in welche Richtung sich das Alterszentrum zu entwickeln hat. Die AZSB AG hat in ihrem Strategiepapier "Strategie 2017-2021" vorgesehen, dass die bisher beliebte und viel benützte Wohnform des betreuten Wohnens ohne Pflichtdienstleistungen künftig nicht mehr angeboten werden soll. Stattdessen soll ein Leichtpflegeheim für die Pflegestufen 1 - 3 eingerichtet werden, was allerdings mit der euphemistischen Bezeichnung "Wohnen mit Betreuung und Pflichtdienstleistungen" umschrieben wird. Die bisherige Form der Alterssiedlung, wo ältere Menschen noch selbständig wohnen und nur bei Bedarf gewisse Leistungen abrufen können, wird damit abgeschafft, die noch rüstigen Menschen auf den privaten Wohnungsmarkt verwiesen. Die Gemeinde Buchs darf diese Entwicklung nicht hinnehmen, denn dieser Abbau betrifft die schwächste Bevölkerungsgruppe unserer Gesellschaft. Die Alternative, entweder auf dem privaten Wohnungsmarkt unterzukommen oder zum Pflegefall zu werden, ist unsinnig, herzlos und teuer zugleich.

Die Gemeinde darf nicht zusehen, wie 62 Menschen zwischen 75 und 100 alternativlos auf die Strasse gestellt und dem öffentlichen Wohnungsmarkt ausgesetzt werden. Es böte sich hier die Gelegenheit, den längst zum Problemfall gewordenen Spittel auszubauen und als Übergangslösung für die betroffenen Siedlungsbewohner anzubieten. Damit wäre der Problemfall sinnvoll und mit einer Win-win-Lösung erledigt. Es wären auch andere Möglichkeiten ins Auge zu fassen, z. B. ein Landabtausch zwischen der Gemeinde und der AZSB, was eine flexiblere Lösung ermöglichte.

Damit ist die Motion zur Kenntnis gebracht.

Frau Jasmin Blaser: Letzte Woche habe ich mit Ursula Baumann, Geschäftsführerin des Alterszentrums Suhrhard, und Monika Fehlmann, Verwaltungsratspräsidentin, telefoniert, weil mir die Infos über die Kündigungen der Alterswohnungen aus der Presse zu einseitig vorkamen. Ich wollte wissen, was Sache ist. Wie ich nach diesen längeren Gesprächen feststellen konnte, hat die AG Verständnis für die Bewohner und die Situation dieser wird nicht unterschätzt. Es sei normal, wenn als erstes Panik ausbreche und man nur das Schlechte sehe. Ich musste aber auch feststellen, dass Hilfestellungen zum Suchen einer Zwischen- oder Nachfolgelösung nicht ausgereift sind. Man helfe den Bewohnern selbstverständlich. Wie, wann und in welcher Form wissen die Bewohner bis heute jedoch nicht. Als Betroffener fühlt man sich im Stich gelassen, mit der Angst, nicht zu wissen, wo man ab Juli 2019 wohnen soll. Mit dem neuen Mietvertrag muss man Dienstleistungen wie Putzen, Waschen sowie Mahlzeiten (Umfang ist noch unklar) beziehen und zahlen, auch wenn man diese nicht benötigt. Damit will man Verwahrlosungen vermeiden. Senioren, welche noch fit genug sind, dies alles selber zu machen, gehören laut Aussage der Verwaltungsratspräsidentin Monika Fehlmann nicht in einer Alterswohnung. Für diese wäre allenfalls eine 3. Angebots-

gruppe eine Variante. Dies ist jedoch eine Zukunftsvision. Der Grundsatz und die Philosophie des Alterszentrums Suhrhard lautet "Jeder Mensch ist einzigartig und hat ein Recht auf Selbstbestimmung." Die Angebotsdiversifizierung und Pflichtdienstleistungen haben meiner Meinung nach nichts mit Selbstbestimmung zu tun. Mir kommt es vor, als habe man geplant und gehofft, es setze sich niemand zur Wehr. Erst jetzt, als von verschiedenen Seiten (mir liegt auch ein Schreiben vor, welches von Bewohnern verfasst wurde) Gegenwehr kommt, beginnt man mit den Überlegungen. Das Alterszentrum Suhrhard und wir sind für das Wohl der Buchser Bevölkerung verantwortlich und müssen uns für eine Übergangslösung für die Seniorinnen und Senioren, die sich in den Alterswohnungen für ihren Lebensabend eingerichtet haben, einsetzen.

Meine Fragen an den Gemeinderat lauten:

1. Was ist euch bekannt?
2. Wie steht ihr zu diesem Thema?
3. Kann bezüglich dem heutigen Gespräch mit Monika Fehlmann informiert werden?
4. Was unternimmt der Gemeinderat und bis wann?

Frau Heidi Niedermann: Weil ich die gestrige "Kropfleerete" an der Generalversammlung (GV) des Vereins Alterszentrum Suhrhard als Präsidentin dieses Vereins hautnah miterlebt habe, möchte ich dazu kurz Stellung nehmen: Am 2. Juni 2017 wurden die Mieterinnen und Mieter der Alterssiedlung an einer Orientierungsversammlung informiert, dass ihre Mietverträge infolge einer geplanten Gesamtsanierung und Erneuerung der Alterssiedlung per Ende Juni 2019 aufgelöst werden. Die Aktionäre, d. h. die Gemeinde Buchs mit 55 %, der Verein Alterszentrum Suhrhard mit 20 % sowie die Stadt Aarau Rohr mit 25 % Aktienanteilen wurden an der GV vom Verwaltungsrat der AZS AG über diese Tatsache informiert, ohne dass wir das Recht hatten, darüber abzustimmen. Dass diese Ankündigung bei den betroffenen Siedlungsbewohnenden eine Schockwirkung hatte, kann ich gut verstehen und nachvollziehen. An der gestrigen GV des Vereins kam der grosse Unmut über das Vorgehen, aber auch viele Ängste über "Wie geht es weiter" zum Ausdruck. Ich persönlich und auch meine Vorstandskolleginnen und -kollegen aus dem Verein bedauern diese Tatsache sehr. Als Minderheitsaktionärin mit einem Aktienanteil von 20 % stehen uns im Moment keine andern rechtlichen Möglichkeiten zur Verfügung, als auf das gemeinsame Zusammenstehen mit der Gemeinde zu hoffen, welche mit 55 % der Aktien Mehrheitsaktionärin der Alterszentrum AG ist. Ich habe es an der gestrigen GV betont und möchte dies hier wiederholen: Der Vorstand des Vereins Alterszentrum Suhrhard wird sich mit aller Energie und nach seinen Möglichkeiten für eine würdige und verträgliche Lösung für möglichst alle Siedlungsbewohnerinnen und -bewohner einsetzen.

Herr Gemeindeammann Urs Affolter: Zu den Fragen von Jasmin. Was ist dem Gemeinderat bekannt? Der Gemeinderat hat davon erst erfahren, als die Bewohner den Brief der AZS AG schon erhalten hatten. Die Vertreter des Gemeinderats, Walter Wyler und Tony Süess, waren an der Generalversammlung der AZS AG anwesend, an der die neue Strategie präsentiert und gewisse Hinweise gemacht wurden. Im Prinzip sind wir gleich wie alle andere orientiert worden. Wir sind jedoch die Mehrheitsaktionärin und haben am heutigen Gespräch, wovon du offenbar Kenntnis hast Jasmin, deutlich erwähnt, dies so nicht akzeptieren zu können, denn das ist keine Kommunikation, wie wir sie erwarten.

Wie steht der Gemeinderat zu diesem Thema? Zur Strategie nehme ich keine Stellung, da zuerst darüber beraten werden muss. Zur Kommunikation haben wir hingegen eine klare Haltung: Hier hat man der Anspruchsgruppe zu wenig Gewicht geschenkt und es reicht nicht zu wissen, dass die Betroffenen schockiert sind, sondern man muss auch Vorkehrungen treffen und entsprechende Hilfe anbieten.

Der Brief an die Bewohner wurde einen Tag vor der Gemeinderatssitzung verschickt. Daraufhin haben wir beschlossen, die Delegation des Verwaltungsrats zu einem Gespräch einzuladen. Dieses Gespräch fand heute statt. Wir konnten unsere Haltung und unsere Bedenken deponieren. Uns wurde zugehört und angekündigt, dass eine weitere Kommunikation stattfinden wird und sie auf unsere Bedenken reagieren

werden. Der Gemeinderat wird sich Mitte Juli mit diesem Thema befassen und eine klare Haltung dazu formulieren, die wir auch weiterkommunizieren werden.

Was unternimmt der Gemeinderat? Wir haben sofort gehandelt. Diese Ankündigung kann nicht einfach so hingenommen werden. Wir werden unsere Möglichkeiten als Hauptaktionärin wahrnehmen, aber grundsätzlich ist es so, dass der Verwaltungsrat für die AG handelt und wir nicht einfach sagen können: "Das ist nicht gut, macht es anders." Unseren Einfluss werden wir jedoch geltend machen.

Frau Jasmin Blaser: Ist ein Bezug der Container, die momentan noch rumstehen, möglich?

Herr Gemeindeammann Urs Affolter: Ich möchte zum heutigen Zeitpunkt nicht auf Details eingehen. Die Seniorinnen und Senioren, welche in diesen Alterswohnungen leben, sind selbstständig. Als selbstständige Person ist es für mich keine Lösung, irgendein Zimmer in einem Container zu beziehen. Zudem müsste man eine solche Lösung bewilligen lassen und andere Container beschaffen. Mit den jetzigen Containern kann man das Problem nicht lösen.

Herr Urs Fülleman: Hat der Gemeinderat einen Sitz im Verwaltungsrat? Wer ist vom Gemeinderat vertreten? Zumindest diese Person hätte vorher von der neuen Strategie Kenntnis haben sollen.

Herr Gemeindeammann Urs Affolter: Der Gemeinderat hat einen Sitz im Verwaltungsrat. Nachdem es Anfang der Amtsperiode um einen 45 Mio. Franken Bau ging, haben wir im Gemeinderat darüber diskutiert, ob Walter Wyler, damals neuer zuständiger Ressortvorsteher oder Barbara Keusch, seine Vorgängerin, die aus dem Finanzbereich kommt und im Verwaltungsrat dieses Ressort innehatte, weiterhin als Vertreterin der Gemeinde Einsitz nehmen soll. Dies wurde bis zum Abschluss des Baus als sinnvoll erachtet. Nun ist der Bau abgeschlossen und der Wechsel wird auf die neue Amtsperiode vollzogen. Im Übrigen ist der Verwaltungsrat sehr gut besetzt und es haben grundsätzlich fähige Leute Einsitz.

Traktandum 9

Verschiedenes

Informationen von Herrn Gemeinderat Anton Kleiber:

(erläutert seinen Vortrag mit einer Präsentation)

Neuorganisation der Kreisschule Aarau-Buchs (KSAB)

Ich möchte über das weitere Vorgehen so informieren, wie die Lehrer am 23. Mai 2017 informiert wurden.

Folgender Zeitplan steht fest:

- 24. September: Wahl Schulpflege Aarau (5 Mitglieder bis Juli 2018), Kreisschulrat Buchs-Rohr (17 Mitglieder bis Herbst 2018) und Kreisschulrat Aarau-Buchs (16 Mitglieder)
- 22. November: Wahl Schulpflege KSAB (7 Mitglieder, die bis 1. August 2018 in den Vorbereitungen der neuen KSAB und noch nicht im Exekutiv-Bereich tätig sind)
- 30. November: Wahl Schulpflege KSBR (zuständig für die Auflösung der KSBR bis Herbst 2018)

In der Vorbereitung ab jetzt bis Ende Jahr bzw. Anfang des nächstens Jahres werden Geschäftsreglemente und Personalübernahmeverträge erstellt (vor allem für Personal, die jedoch nicht Lehrpersonen sind). Es erfolgt die Überführung der Liegenschaften zur Gemeinde Buchs bzw. der Stadt Aarau. Dadurch braucht es Miet- und Nutzungsvereinbarungen, denn neu wird die KSAB die Schulhäuser und Turnhallen von der Gemeinde Buchs bzw. der Stadt Aarau mieten. Die Informatik der Schulverwaltung und der Schulleitung (= Führungsebene) wird miteinander verknüpft, so dass eine Kommunikation möglich wird. Die Überführung des Budgets 2018 in die neue Kreisschule wird ebenfalls in dieser Zeit angegangen. Ebenfalls ist die Weiterentwicklung der Elternmitwirkung ein Thema. Nachdem die alte Organisation aufgelöst wurde, müssen wieder Anstellungsverträge für die neue Organisation erstellt werden. Momentan finden Vorabklärungen statt, welche Serviceverträge vorhanden sind, die übernommen oder eben gekündigt werden etc.

Personal:

- Satzungen (§ 38) gewähren nominellen Besitzstand bei Löhnen für zwei Jahre. Funktion und Pensum können ändern (haben je nachdem auch bisher von Schuljahr zu Schuljahr geändert)
- Neuorganisation betrifft vorwiegend die politische Ebene und die Schnittstelle zur operativen Leitung
- Entlastung der Schulleitungen vor Ort durch Geschäftsstelle und administrative Unterstützung
- Erhöhte Pensensicherheit bei Lehrpersonen durch geringere Schwankungen bei den Abteilungszahlen

Umsetzungskredit für die nächste Phase:

Entschädigung Behörden (alte und neue Behörde)	Fr. 94'000.--
Projektleitung	Fr. 80'000.--
Personaladministration	Fr. 38'000.--
IT-Infrastruktur und Betriebliches (Führungsebene)	Fr. 60'000.--
Elternmitwirkung	Fr. 2'000.--
Projektbedingter Mehraufwand	Fr. 12'000.--
Unvorhergesehenes	Fr. 10'000.--
Total	Fr. 296'000.--

Übrigens: Die abgeschlossene Planungsphase war mit Fr. 200'000.-- budgetiert und so wie es aussieht, kann dieser Rahmen eingehalten werden (ich werde am Freitag die genauen Zahlen erhalten).

Solange die neue Organisation noch nicht steht, koordiniert die Projektsteuerung. Die aktuelle Schulpflege ist aber immer noch produktiv und es braucht eine gute Zusammenarbeit. Marco Salvini wird weiterhin das Projekt leiten.

Herr Werner Schenker: Gerne rede ich als Referendumskomitee im Namen von Heidi Niedermann, Maja Frey, Dimitri Spiess und mir. In der Abstimmung vom 23. Mai 2017 wurde das Referendumsbegehren "Bärenplatz für alle" klar angenommen. Mit rund 66 % Nein-Stimmen wurde der Verkauf an einen Investor abgelehnt. Damit ist der Weg frei für eine Platzgestaltung, die tatsächlich dem Willen und den Ideen eines Grossteils der Buchser Bevölkerung entspricht.

Eine erste Analyse gibt Erklärungen zu diesem Resultat:

- Über Dinge, die alle etwas angehen, wollen auch alle entscheiden. Bei der Gestaltung dieses Grundstückes wollen viele mitbestimmen. Uns Buchsern liegt am Herzen, was hier geschieht.
- Das Grundstück im Zentrum soll nicht an einen Investor verkauft werden, der die Gestaltung seinen eigenen Interessen unterstellt.
- Es sind eine Vielzahl von Gestaltungs- und Nutzungsideen vorhanden. Buchser/-innen haben Ideen, Visionen und Lust, diese zu realisieren. Dieses Potenzial muss genutzt werden.

Zum weiteren Vorgehen: Der Gemeinderat ist im Moment nicht interessiert, mit uns vom Referendumskomitee im Gespräch das weitere Vorgehen zu überdenken. Wie stets kommuniziert, sind wir als Referendumskomitee bereit, an einer breit abgestützten Lösung für den Bärenplatz zu arbeiten. Bereits anfangs Juli diskutieren wir mit einzelnen Mitgliedern der Interessensgemeinschaft Bärenplatz über das weitere Vorgehen. Rund 15 Menschen mit breiter Erfahrung haben sich bereits bei der Infoveranstaltung im Februar bereit erklärt, mitzuarbeiten. Ziele dieser ersten Veranstaltung sind:

- Wir brauchen Meinungen, Vorstellungen, Ideen und Vorschläge eines Grossteils der Buchser/-innen, um einen Konsens zu erarbeiten.
- Wir müssen uns klar über den zielführenden politischen Weg werden.
- Möglichst bald soll der Kreis der Interessierten, die am Projekt mitarbeiten wollen, erweitert werden.

An dieser Stelle werden wir dem Einwohnerrat über unsere Arbeit regelmässig berichten und ihn auch so bald wie möglich einbeziehen.

Informationen von Herrn Gemeindeammann Urs Affolter:

Beschränkte Vernehmlassung Parkierungsreglement

In diesem Jahr haben wir einen Entwurf eines neuen Parkierungsreglements erarbeitet. Hier geht es darum, dass grundsätzlich die Parkierung über das gesamte Gemeindegebiet einheitlich geregelt werden soll. Hauptziel ist es, unzumutbare Situationen in den Quartieren, die es gibt, aus dem Weg zu räumen und Parkierungsgebühren zu erheben. Noch vor den Sommerferien wird das Reglement durch den Gemeinderat zur Mitwirkung verabschiedet. Nach den Sommerferien wird es eine Veranstaltung geben, an welcher das Reglement vorgestellt wird. Es wird eine Parteienmitwirkung bis Ende Oktober stattfinden. Bitte reserviert euch Zeit dafür.

Verkauf Teilfläche Bärenplatz

Der Gemeinderat hat vom deutlichen Abstimmungsergebnis Kenntnis genommen. Er hat weder einen Plan B noch ist er ohne Auftrag bereit, in dieser Hinsicht weitere Arbeit zu investieren. Werner Schenker hat vorhin erwähnt, der Gemeinderat sei nicht daran interessiert beim Referendumskomitee mitzuwirken oder mitzureden. Wir sind nicht Bestandteil des Referendumskomitees und in diesem Sinne wirken wir auch nicht mit. Wir sind gespannt, welche Lösungen präsentiert werden. Ich bin froh zu hören, dass ihr

einen guten politischen Weg sucht. Dies ist der einzig richtige Weg. Der Einwohnerrat muss den Gemeinderat beauftragen, wieder aktiv zu werden bzw. schlussendlich Kredite sprechen.

Herr Werner Schenker: Ich habe mich womöglich nicht richtig ausgedrückt und lese meinen Satz nochmals vor aus meinem Originaltext: "Der Gemeinderat ist im Moment nicht interessiert, mit uns vom Referendumskomitee im Gespräch das weitere Vorgehen zu überdenken." Ich gehe selbstverständlich davon aus, dass ihr, wenn wir euch mit konkreten Fragen ansprechen, auf uns eingeht.

Informationen von Präsident Martin Gysi:

Anmeldung zum Einwohnerrats-Ausflug vom 2. September 2017 bitte direkt an Sonja Büchli. Wir werden dem Fricktal einen Besuch abstatten.

Die August-Sitzung findet nicht statt, da der neue Kreisschulrat nicht durch den Einwohnerrat, sondern durch die Stimmberechtigten an der Urne gewählt wird. Wir sehen uns also erst am Mittwoch, 18. Oktober 2017 wieder.

Dank

Der Präsident dankt Sonja Büchli, Debora Strub, Armin Meier, dem Polizisten Rolf Frei sowie Nycolly Rolim, die für das Gelingen der Sitzung verantwortlich waren.

5033 Buchs AG, 20. Juni 2017

Einwohnerrat Buchs AG

Der Präsident

Die Protokollführerin

Martin Gysi

Sonja Büchli